

Elisabeth Motschmann
Newsletter
23. Februar 2018



**Liebe Bremerinnen und Bremer,
liebe Bremerhavenerinnen und Bremerhavener,
liebe Freundinnen und Freunde,**

da ist er - der Koalitionsvertrag steht! Kommenden Montag auf dem 30. Bundesparteitag werden wir darüber abstimmen. Ich finde wir sollten weniger Personaldebatten führen und mehr über unsere Positionen und den Inhalt des Koalitionsvertrages sprechen. Das kam in den letzten Tagen eindeutig zu kurz.

Des Weiteren werden wir darüber abstimmen, ob Annegret Kramp-Karrenbauer unsere neue CDU-Generalsekretärin wird. Ich wünsche ihr viel Erfolg für die Wahl und bin mir sicher, dass sie einen tollen Job machen wird. Der Bundesparteitag verspricht spannend zu werden. Außerdem möchte ich Peter Tauber, der von seinem Amt zurücktritt, für sein Engagement und seinen Einsatz, auch während des Bürgerschaftswahlkampfes 2015, danken.

Im Plenum habe ich diese Woche über die Freilassung von Deniz Yücel und die Humanitäre Lage im Jemen gesprochen. Des Weiteren standen wieder viele Termine und Sitzungen an. Viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße
Ihre

Elisabeth Motschmann

Büro Bremen • Am Wall 135 • 28195 Bremen • Telefon: +49 421 178 36868
Büro Berlin • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • Telefon: +49 30 227 73738
Email: elisabeth.motschmann@bundestag.de

Elisabeth Motschmann

Newsletter

Fall Deniz Yücel

Am Donnerstag stellte die AfD einen Antrag zum „Verhalten der Bundesregierung im Fall Deniz Yücel“ und unterstellt der Bundesregierung eine Vorzugsbehandlung im Falle Yücel's. Ich habe für die CDU/CSU-Fraktion für die Ablehnung dieses Antrages wie folgt geworben:

„Deniz Yücel ist nach einem Jahr aus der Gefangenschaft entlassen! Darüber freuen wir uns! Im letzten Jahr sagte Erdogan noch, eine Freilassung werde ‚niemals‘ erfolgen. Angela Merkel wurde in dieser Angelegenheit in Ankara unermüdlich vorstellig. Und nun haben wir es geschafft – *ohne Verabredungen, Gegenleistungen oder Deals‘ so Sigmar Gabriel.*

Viele weitere deutsche und türkische Journalisten sind noch in Haft - sechs türkische Journalisten bekommen lebenslange Haftstrafen. Das ist schlimm! Natürlich müssen wir uns um jeden einzelnen Fall weiterhin intensiv kümmern!

Die AfD betont in ihrem Antrag, dass Deniz Yücel eine „Vorzugsbehandlung“ bekommen hätte. Sie unterstellt, dass weniger prominente und öffentliche Fälle weniger intensiv vom Auswärtigen Amt behandelt werden. Falsch! Ich habe die Familie eines Inhaftierten betreut, den keiner kannte. Ein Pilger, der an einem Friedensmarsch teilgenommen hatte. Auch er ist frei, dank der Bemühungen der Bundesregierung.

Alice Weidel kommentierte die Freilassung von Yücel: *‚Ein unser Land regelrecht hassender ‚Journalist‘, der nicht nur einmal die Grenzen des guten Geschmacks verließ, sollte eigentlich keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen.‘* Diese Äußerung ist unglaublich!

Auch mir gefallen manche Positionen von Yücel überhaupt nicht! Dazu gehört, was er 2011 in einer taz-Kolumne über den Geburtenschwund geschrieben hat. Aber das kann doch niemals ein Grund sein, seine deutsche Staatsbürgerschaft in Frage zu stellen. Welch‘ Unsinn!

Es wäre sinnvoller, wenn Sie sich um die menschenverachtenden Aussagen Ihrer Parteifreunde kümmern würden, bevor sie mit dem Finger auf andere zeigen. André Poggenburg spricht von *‚Kümmelhändlern und Kameltreibern, die sich dahin scheren sollen, wo sie hingehören weit, weit, weit hinter den Bosphorus zu ihren Lehmhütten und Vielweibern‘. Diese Aussage ist einfach widerlich!*

Alexander Gauland sieht deshalb *‚keinen Bedarf für eine innerparteiliche Debatte. Das bewegt mich nicht.‘*

Elisabeth Motschmann Newsletter

Das ist eine ethische Bankrotterklärung, Herr Gauland. Wenn Sie das nicht bewegt, dann haben Sie ihren Beruf verfehlt. Mich bewegt das sehr, wenn in unserem Land solche ungeheuerlichen Sätze fallen. Und wenn Sie zu allem Überfluss in Ihrem Wahlprogramm meinen, ihre Grundsätze fußen auf den Werten des Christentums, dann kann ich Ihnen nur bescheinigen, dass angesichts solcher Äußerungen ihre Werte nichts, aber auch gar nichts mit dem Christentum zu tun haben.

Bischöfin Ilse Junkermann: *„Die Rede hat erneut den unverblühten Hass gezeigt, mit dem die AfD Menschen diffamiert.“* Und sie fährt fort: *„Unsere Gesellschaft braucht Verantwortliche mit Umsicht und Weitblick und keine vor Hass und Menschenverachtung blinden Abgeordneten.“*

Ihren Antrag lehnt die CDU/CSU ab.“

Der Krieg im Jemen und Rüstungsexporte in diese Region

Am Freitag hat der Deutsche Bundestag über den Konflikt im Jemen und deutsche Rüstungsexporte in die Region diskutiert. Ich habe für die CDU/CSU-Fraktion zu zwei Anträgen der Grünen und Der Linken im Plenum gesprochen.

Jeden Tag erreichen uns grausame Nachrichten über die Situation im Jemen. Es handelt sich um die größte humanitäre Krise weltweit. Bisher gibt es mehr als 10.000 Tote, davon 5.000 Zivilisten. Es gibt 3 Mio. Vertriebene und über 7 Mio. Menschen sind akut vom Hunger bedroht, nein, sie sterben bereits vor Hunger und Mangelernährung – über 100 Kinder täglich. Insgesamt sind mehr als 20 Mio. Menschen auf Humanitäre Hilfe angewiesen.

Grausame Zahlen. Die Lage im Jemen ist dramatisch und kompliziert zugleich.

Was ist zu tun? Deutschland hat 2017 einen Beitrag von 165 Mio. Euro für humanitäre Hilfe eingesetzt. Damit sind wir der drittgrößte Geber weltweit. Natürlich muss es das Ziel sein, Frieden zu schaffen ohne Waffen und militärische Interventionen. Fakt ist: Nicht alle Krisenherde lassen sich diplomatisch lösen. Leider! „Terroristen verhandeln nicht, sie köpfen“, deshalb kann auf den Einsatz militärischer Mittel nicht verzichtet werden.

Grüne und Linke fordern in ihren Anträgen den sofortigen Stopp von allen Rüstungsexporten in Länder, die am Krieg im Jemen beteiligt sind. Der Koalitionsvertrag ist in dieser Frage eindeutig: „Wir werden ab sofort keine Ausfuhren an Länder genehmigen, solange diese unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind.“ Das ist eine ganz klare Aussage.

Elisabeth Motschmann Newsletter

Außerdem heißt es: „Wir wollen diese restriktive Exportpolitik im Blick auf den Jemen auch mit unseren Partnern im Bereich der europäischen Gemeinschaftsprojekte verabreden.“ – Auch das ist ein wichtiges Ziel der künftigen Regierung.

Deutschland hat – auch das will ich hier noch einmal ausdrücklich betonen - die strengsten Regelwerke für Rüstungsexporte weltweit. Entscheidungen fallen sehr restriktiv im Bundessicherheitsrat. Außen-, Sicherheits- und menschenrechtspolitische Aspekte werden sorgfältig abgewogen.

Bleibt die Frage, wie wir mit bereits genehmigten Rüstungsexporten z.B. an Saudi-Arabien umgehen, deren Stopp die Anträge fordern. Sie meinen damit z.B. Patrouillenboote, Militär-LKW und ungepanzerte Transportfahrzeuge. Das sind aber keine Kriegswaffen, mit denen im Jemen Krieg geführt wird bzw. werden kann. Sie dienen der Grenzsicherung, zur Terrorabwehr und zur Sicherung von Bohrinseln im Golf.

Saudi-Arabien ist ohne Frage ein schwieriger Partner des Westens in der Region. Wir wissen um die Menschenrechtsverletzungen in dem Land. Da gibt es nichts zu beschönigen! Wir wissen aber auch, dass Saudi Arabien ein Gegengewicht zum Iran ist und damit die Region einigermaßen stabil hält. Die Saudis führen eine Koalition aus neun Ländern an, die die jemenitische Regierung im Kampf gegen die Huthi-Rebellen unterstützt. Des Weiteren ist Saudi-Arabien ein Verbündeter im Kampf gegen den Terror wie zum Beispiel gegen Al-Qaida und den IS.

Wir können nur hoffen, dass es trotz aller komplizierten Verwicklungen auf der arabischen Halbinsel zu einer politischen Lösung kommt, damit das Elend im Jemen endlich beendet wird. Die Kriegsparteien müssen zumindest die humanitäre Hilfe zulassen, damit das Sterben im Jemen aufhört.

Elisabeth Motschmann Newsletter

Münchener Sicherheitskonferenz 2018



**Ein Selfie mit britischen Premierministerin Theresa May
17.02.2018**

Vergangenes Wochenende war ich auf der Münchner Sicherheitskonferenz. Bereits letztes Jahr durfte ich an der Konferenz bei der Außen- und Sicherheitspolitik im Fokus stehen teilnehmen. Hier treffen sich die wichtigsten außenpolitischen Vertreter weltweit. Unter anderem traf ich Theresa May und Joe Biden. Ursula von der Leyen und ihre französische Kollegin Florence Parly haben die Konferenz mit sehr guten Statements eröffnet. Beide bekannten sich zu mehr militärischer Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich. Es ist das erste Mal, dass zwei Frauen die Konferenz eröffnet haben. Unter den Teilnehmern gibt es nur ganz wenige Frauen. Wenn es um Krieg und Frieden geht, sind Frauen kaum vertreten. Das finde ich sehr schade!



**Obama's Vizepräsident Joe Biden
17.02.2018**

Elisabeth Motschmann Newsletter

In Berlin



**Einstand der neuen Kollegen:
Christoph de Vries, Felix Schreiner, Nikolas Löbel und Christoph Bernstiel
21.02.2018**

In den letzten Tagen wurden viele Personaldebatten geführt und darüber diskutiert, ob und wie die CDU erneuert werden müsse. Ich finde nicht, dass Alter ein Qualitätsmerkmal für einen guten Politiker sein sollte. In unserer Partei brauchen wir Ausgewogenheit. Wir brauchen erfahrene und solide Köpfe ebenso wie neue und kluge Gesichter. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit allen neuen Kollegen.



**Ebenfalls ein neuer Kollege:
der Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands Paul Ziemiak
21.02.2018**

Elisabeth Motschmann Newsletter



**Konstituierende Sitzung des AK Küste
22.02.2018**

Am Donnerstag haben wir Oliver Grundmann zum neuen Vorsitzenden des Arbeitskreis Küste gewählt. Ich darf die Aufgabe als seine Stellvertreterin übernehmen. Ich wünsche ihm alles Gute für diese neue Aufgabe!

Elisabeth Motschmann Newsletter

In Bremen und Bremerhaven



**JHV Stadtbezirk Schwachhausen
13.02.2018**

Die Jahreshauptversammlung in "meinem" Stadtbezirk Schwachhausen war ein voller Erfolg! Wir sind eine tolle Truppe und das ist meine politische Heimat. Ich freue mich immer wieder dort zu sein. Ich gratuliere unserer Vorsitzenden, Susanne Grobien, zu ihrer Wiederwahl mit einem großartigen Ergebnis.

Elisabeth Motschmann Newsletter



**Torsten Raschen und Paul Bödecker
12.02.2018**

Am 12. Februar war ich zu einem Besuchstag in Bremerhaven: Als erstes ging es in einem Gespräch mit dem Stadtkämmerer Paul Bödecker und dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Torsten Raschen um die Finanzsituation der Stadt. Bremerhaven hat größte Mühe, die Kosten für die Flüchtlinge aufzubringen. Danach ging es in einem weiteren Gespräch um die Integration im Bildungsbereich. Die Stadt braucht vier neue Schulen. Zum Abschluss besuchten wir eine neue Schule, die in Containern untergebracht ist. Es ist interessant, wie sich Beschlüsse, die wir in Berlin fassen, in einer Kommune auswirken.